

Newsletter Digital Insight

Dezember 2025

EDITORIAL

Digitalpolitik zwischen Anspruch und Umsetzung

Das Jahr 2025 hat gezeigt, dass Digitalisierung mittlerweile als Kern staatlicher Handlungsfähigkeit verstanden wird: Ein Digitalministerium mit klaren Prioritäten und Kompetenzen wurde geschaffen, erste Regelungen des AI Acts traten in Kraft, konkrete Vorhaben zur Stärkung der europäischen digitalen Souveränität wurden auf Regierungsebene beschlossen und mit dem Staatsvertrag zum NOOTS (Nationales Once-Only-Technical-System) wurde die rechtliche Grundlage für den Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur zum Datenaustausch zwischen öffentlichen Stellen von Bund und Ländern geschaffen.

Die Erwartungen an das zu Ende gehende digitalpolitische Jahr waren groß und wurden teilweise enttäuscht: Ein halbes Jahr nach Gründung des BMDS sind noch immer nicht alle Abteilungen umgezogen und alle Zuständigkeiten verteilt worden. Ob die regulatorischen Fortschritte auf vielen Ebenen greifen werden, wird sich im kommenden Jahr zeigen. Wirtschaft und Verwaltung müssen bei der Umsetzung begleitet und unterstützt werden, damit Abhängigkeiten abgebaut, Innovationen gefördert und gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden können. Wir als msg werden diesen Prozess auch in 2026 unterstützen.

Für mich persönlich endet das Jahr mit dem Beginn einer beruflichen Auszeit. Zur Elternzeit übergebe ich die Redaktionsleitung der *Digital Insight* sowie die Leitung der Abteilung Digitalpolitik bei msg an geschätzte Kollegen.

Umso mehr freue ich mich, Ihnen unsere letzte Ausgabe 2025 zu übersenden – mit spannenden Beiträgen von kompetenten Autoren: Im *PoliticalVoice*-Format teilen die Bundestagsabgeordneten Jeanne Dillschneider, Donata Vogtschmidt, Henri Schmidt, Franziska Hoppermann, Marvin Schulz, Dr. Carolin Wagner und Rebecca Lenhard exklusiv mit uns ihre digitalpolitischen Rückblicke auf 2025 und Wünsche für 2026. Werner Achttert, Executive Business Consultant bei msg, widmet sich im *InFocus* dem Deutschland-Stack, während Dr. Frank Schlottmann, Vorstandsmitglied der msg, im *Comment* einen Wendepunkt für die digitale Souveränität Europas festmacht.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen, erholsame Feiertage und einen schwungvollen Start ins Jahr 2026.

Regina Welsch

Redaktionsleitung *Digital Insight*,
Abteilungsleiterin Digitalpolitik, msg

msg COMMENT

Europa nimmt Kurs: Strategischer Wendepunkt für Digitale Souveränität?



von Dr. Frank Schlottmann,
Vorstandsmitglied, msg

Im Jahr 2025 rückte die digitale Souveränität Europas endgültig aus den Fachdebatten und Paneldiskussionen in den Fokus strategischer Regierungsarbeit. Der deutsch-französische Gipfel zur digitalen Souveränität in Berlin mit mehr als 1.000 hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Verwaltung hat nicht nur symbolischen Wert. In verschiedenen strategischen Handlungsfeldern – von der gezielten Förderung von Innovationen bei Schlüsseltechnologien wie KI-Modellen und Cloud bis zur Skalierung bereits vorhandener digitaler Dienste aus Europa – wurden im Schulterschluss zwischen europäischen Regierungen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen konkrete Maßnahmen vereinbart.

Parallel hat die EU-Kommission mit ihrem Digital-Omnibus-Legislativpaket eine Modernisierung des regulatorischen Rahmens angestoßen, welches darüber entscheiden wird, ob europäische Unternehmen in Zukunft schneller, effizienter und innovationsfreundlicher arbeiten können. Mit dem Gipfel verschob sich die Debatte somit vom bloßen „Schutz vor Abhängigkeiten“ hin zu einem aktiven „Bauen europäischer Handlungsfähigkeit“. Jetzt ist dieses politische Commitment umzusetzen – schnell, europäisch koordiniert und mit sichtbaren Ergebnissen.

1. Wie digitale Souveränität zur Chefsache wird – Europäisches Führungsversprechen einlösen

Der Gipfel hat zwei Dinge bekräftigt: Wenn digitale Technologien über ökonomische Stärke, außenpolitische Autonomie und gesellschaftliche Stabilität entscheiden, dann sind die mit technologischen Abhängigkeiten einhergehenden strategischen Risiken schlicht zu groß, um sie nicht zur Chefsache zu machen. Technologische Führungsansprüche können nur Wirkung entfalten, wenn sie von der Spitze her formuliert und durchgehalten werden. Führung erfordert auch, politische Entscheidungen stärker von einem Zukunftsbild ausgehend rückwärts zu denken: Wo soll Europa in fünf bis zehn Jahren technologisch stehen? Wie sehen die Etappenziele bis dahin aus und welche Kompetenzen, Entscheidungen, Investitionen und Allianzen braucht es *heute*, um auf Kurs zu bleiben? Der Gipfel sendete hier ein Signal, indem er nicht nur bestehende Regeln überprüfen, sondern ganze Technologiefelder gemeinsam gestalten will. Dieser Schritt ist nötig, wenn Europa international konkurrenzfähig bleiben will.

Dass eine gemeinsame Task Force unter anderem damit beauftragt wurde, „Souveränitätsindikatoren“ zu entwickeln, könnte dabei helfen, technologische Abhängigkeiten systematisch zu identifizieren und Fortschritt und Etappenziele anhand klarer Zielgrößen planbar und steuerbar zu machen.

2. Europäische Technologien sichtbar machen und skalieren – Infrastruktur als geopolitischer Faktor

Ein zentraler Gewinn des Gipfels war die Ausstellung europäischer Technologien. Es wurde deutlich, wie viel technologisches Potenzial Europa bereits hat. Europäische Identitätslösungen, Büro- und Verwaltungssoftware, souveräne Cloud-Architekturen, kryptografische Dienste, quantentechnologische Hardware oder vertrauenswürdige KI – all diese Komponenten existieren, oft auf sehr hohem Niveau. Die EUDI-Wallet ist hierfür ein zentrales Beispiel: Sie schafft eine europäische Infrastruktur für digitale Identität, unabhängig von Plattformlogiken globaler Anbieter. Sie

ermöglicht sichere Authentifizierung, verifizierbare Nachweise und eine souveräne digitale Interaktion zwischen Staat, Bürgern und Wirtschaft. Um europaweit die Mehrwerte zu heben, braucht es einheitliche Standards, Interoperabilität und einen starken Governance-Rahmen. Das auf dem Gipfel vom Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung zusammen mit mehr als 75 Unternehmen unterzeichnete „Memorandum of Understanding zur erfolgreichen Einführung der EUDI-Wallet“ kann hierfür ein Beschleuniger sein.

Somit lautet eine Botschaft des Gipfels: Europa muss seine Lösungen jetzt skalieren – und zwar strategisch, nicht zufällig.

Dieses Kernanliegen adressiert auch die msg systems ag: Die technologische Leistungsfähigkeit Europas ist größer als ihre Marktdurchdringung. Wenn wir Europäer souverän bleiben wollen, müssen wir in strategischen Feldern europäische Anbieter gezielt stärken, ihre Lösungen in Verwaltungen, in öffentlichen Einrichtungen, in kritischen Infrastrukturen und in der Privatwirtschaft einsetzen und ihnen so den notwendigen Marktzugang verschaffen.

3. Digitale Souveränität braucht den aktiven Staat – europäische Technologien nutzen, schützen, fördern

Ein Thema zog sich durch viele Gipfelbeiträge: Digitale Souveränität entsteht nicht ohne einen aktiven Staat. Nicht ausschließlich als Regulierer, sondern als Partner, Beschleuniger und wo nötig Ankerkunde. Sowohl Bundeskanzler Merz als auch Präsident Macron betonten, dass der Staat selbst zuerst europäische Lösungen nutzen müsse, um deren Skalierung zu ermöglichen. Die öffentliche Verwaltung entscheidet also mit über die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Akteure. Europa braucht eine engere Verzahnung zwischen öffentlichem Sektor und Unternehmen, vor allem in strategischen Technologiefeldern. Konsequenz zu Ende gedacht, erfordert dieser Kurs auch eine industriepolitische Fokussierung: Nötig ist mehr gezielte, direkte Förderung für Hightech made in Europe. Fördermittel müssen dahin fließen, wo Europas technologische Zukunft entschieden wird.

Dieser Gedanke schließt an eine weitere strategische Notwendigkeit an: Europa braucht den Mut, strategische Industrien vor

nichteuropäischen Übernahmen zu schützen, wenn substanzielle Souveränitätsrisiken bestehen. In kritischen Bereichen wie Luft- und Raumfahrt sichern wir aus gutem Grund Stabilität und Kontrolle. Warum nicht auch bei unserer digitalen Wertschöpfungskette?

4. Regulatorische Modernisierung als Innovationsmotor: Erst innovieren, dann regulieren

Die Ambitionen des Gipfels werden nur Realität, wenn wir gleichzeitig die bürokratischen Fesseln lösen und den regulatorischen Rahmen modernisieren. Innovationsunternehmen, ob Start-up, Mittelstand oder Konzern, brauchen Geschwindigkeit, einen Fast-Track für ihre High-Tech-Projekte, für Forschung, Genehmigung und Marktzugang. Zu häufig noch läuft die Regulierung der Innovation voraus, während es andersherum sein müsste. Der deutsch-französische Schulterchluss zur Vereinfachung der digitalen Rechtslage, einschließlich DSGVO-Entlastungen und Anpassungen im KI-Recht, unterstreicht, wie dringlich Europa seine eigenen Innovationshemmnisse abbauen muss.

Der Digital-Omnibus der EU-Kommission greift dieses Problem auf. Er soll Regelwerke konsolidieren, vereinfachen und anwendungsnäher gestalten, um die Überregulierung Europas aufzubrechen, die Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts zu reduzieren und Innovationen zu erleichtern. Für Europa ist das mehr als ein technisches Vorhaben: Es ist ein politischer Testlauf dafür, ob ein Hochregulierungsraum wie die EU gleichzeitig innovationsfähig und wertegebunden sein kann.

2026 entscheidet über Europas digitale Wirklichkeit

Europa hat 2025 digitale Souveränität erstmals als politisches Gesamtprojekt begriffen. Doch im Jahr 2026 wird entschieden, ob aus den Ambitionen Realität wird. Die vier großen Handlungsfelder liegen auf dem Tisch: politische Priorisierung; ein aktivierender Staat, der europäische Lösungen beschafft, schützt und fördert; enge Staat-Wirtschaft-Partnerschaften und regulatorische Modernisierung.

Wenn Europa diese Felder konsequent adressiert, wird eine neue Phase der technologischen Eigenständigkeit beginnen.

Deutschland-Stack als wirksamer Werkzeugkasten

Die Bundesregierung zeigt mit der Gründung des BMDS die Bedeutung von Digitalisierung und Staatsmodernisierung für den Standort Deutschland. Der Deutschland-Stack soll durch technische Standardisierung und stringente Governance einen Rahmen schaffen für eine schnellere, effizientere Digitalisierung über alle föderalen Ebenen.

Die Entwicklung des Deutschland-Stacks muss sich an den spezifischen Gegebenheiten des deutschen Verwaltungs- und IT-Ökosystems orientieren:

- Föderale Entscheidungsstrukturen führen zu vielfältigen Anforderungen an Lösungsbausteinen und zu langwierigen Abstimmungsprozessen. Die Digitalminister der Länder haben sich am 24.11.2025 mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, den Deutschland-Stack als gemeinsame Plattform für zukünftige Entwicklungen zu verwenden.
- Die öffentliche Verwaltung arbeitet mit vielen IT-Dienstleistern zusammen und dies mit unterschiedlichen Entwicklungsansätzen, Erfahrungen und Interessen.
- Die Fachverfahren in Bund, Ländern und Kommunen sind historisch gewachsen und basieren auf heterogenen Architekturen, Technologien und Standards.
- Digitalisierungsvorhaben stehen vor wiederkehrenden Herausforderungen (bspw. Integration von Cloud- und KI-Lösungen), für die zwischen vielen möglichen Lösungen abzuwägen ist.

In der Konsultation zum Deutschland-Stack wurden zahlreiche konstruktive Detailvorschläge eingebracht, aber auch Vorschläge, um die Strukturierung und Nützlichkeit des Deutschland-Stacks zu verbessern. Wir schlagen vor, ein Reifegradmodell für den Deutschland-Stack einzuführen, und damit dessen Effektivität und Wirksamkeit sukzessive zu erhöhen. Im Reifegrad 1 definiert der Deutschland-Stack mögliche Lösungsbausteine und ermöglicht die Auswahl von Tech-



nologien anhand von Standards und klaren Kriterien. Die bestehende *Landkarte* des Deutschland-Stack bewertet Technologien anhand definierter Kriterien (Vertrauenswürdigkeit, Souveränität, Interoperabilität, europäische Anschlussfähigkeit, ...). Damit ist Reifegrad 1 bereits jetzt grundsätzlich erfüllt.

Im Reifegrad 2 unterstützt der Deutschland-Stack die Auswahl von Lösungsbausteinen für eine konkrete Aufgabe. Dies erfordert die Strukturierung im Sinne eines Frameworks sowie die Definition klarer Auswahlkriterien für jeden Lösungsbaustein. Die Kriterien helfen, die richtigen Technologien für die jeweilige Situation zu wählen (z. B. passende NoSQL-Datenbank).

Im Reifegrad 3 bietet der Deutschland-Stack Lösungsbaustein-Kombinationen, die auf fachlich motivierte Antrags-, Vorgangs- oder Fallbearbeitung oder technisch motivierte Cloud- oder KI-Integration-Kontexte zugeschnitten sind. Ähnlich einer Blaupause lassen sich diese verwenden, um Digitalvorhaben im Rahmen dieses Kontexts aufzusetzen.

Unser Konzept für die Erreichung der Reifegrade 2 und 3 haben wir im Rahmen der Konsultation skizziert und in einem Whitepaper anhand konkreter Beispiele für Kontexte aus unserer Beratungspraxis beschrieben. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

von Werner Achttert (Executive Business Consultant, msg)

Digitalpolitischer Jahresrückblick



Dr. Carolin Wagner (SPD)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Dass seit einigen Monaten erstmalig ein Digitalministerium für die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut wird, ist ein wichtiger Meilenstein dafür, dass digitale Themen künftig aus einem Guss und mit hoher Schlagkraft vorangebracht werden. Vom Infrastrukturausbau über den Deutschland Stack, von Themen der Digitalpolitik und der Digitalen Wirtschaft bis hin zur Staatsmodernisierung bringt das Ministerium zentrale Vorhaben voran. Für 2026 gibt es einen eigenen Haushaltsplan, der Einzelplan 24, mit einem Etat von 1,3 Milliarden Euro und zusätzlichen 3,1 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen. Die NIS2-Umsetzung ist ein richtig guter Erfolg, die unter den Vorgängerregierungen stockte. Jetzt kam im November der Durchbruch insbesondere in Hinblick auf kritische Komponenten, und das sind sehr gute Neuigkeiten für Deutschlands Cybersicherheit! Ein weiterer Erfolg ist die auf den Weg gebrachte Modernisierungsagenda. Mit über 60 Maßnahmen soll die Verwaltung schlanker gemacht werden – ein wichtiges Vorhaben, das wir weiter anschieben werden.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Im Koalitionsvertrag haben wir verankert: „Unsere Digitalpolitik ist ausgerichtet auf Souveränität, Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt.“ Dies wird auch im kommenden Jahr maßgeblich für unsere Arbeit im Digitalausschuss sein.

Das Thema Digitale Souveränität hat erheblich an Brisanz gewonnen. In Zeiten, in denen wir uns auf alte Partner nicht mehr verlassen können, müssen wir Abhängigkeiten kritisch prüfen. Diese Notwendigkeit haben wir als SPD-Bundestagsfraktion erkannt. Diese Abhängigkeiten von China und den USA abzubauen, gelingt nicht von heute auf morgen – deshalb müssen wir trotzdem richtig Gas geben in dieser Sache. Das ZenDiS bietet bereits eine gute Microsoft-Alternative – Initiativen und Organisationen, die unsere Unabhängigkeit vorantreiben, müssen wir fördern und unterstützen. Gleichzeitig gilt es, unsere digitale Infrastruktur zukunftsorientiert aufzustellen.

Im Bereich der europäischen Rechtsakte steuern wir auf mehrere nationale Durchführungsgesetze zu: Der Data Act sowie die KI-Verordnung werden beide ins parlamentarische Verfahren gehen und 2026 abgeschlossen werden. Damit schaffen wir mehr Rechtssicherheit und legen den Grundstein für eine harmonisierte Digitalpolitik in Europa, die Innovationen fördert und gleichzeitig Grundrechte schützt.

Zudem wünsche ich mir, dass wir beim Aufbau digitaler Kompetenzen deutlich vorankommen. Im Haushaltsplan für 2026 haben wir nun erstmalig eine Kompetenzoffensive verankert, um altersübergreifend notwendige Skills für die digitale Gesellschaft auszubauen und zwar jenseits formaler Bildungsstrukturen – das halte ich für äußerst wichtig, wenn wir eine KI-Nation werden wollen und das ist äußerst wichtig, um Demokratie-Resilienz in Zeiten multipler Angriffe, die gerade auch über Desinformationskampagnen online gestreut werden, zu stärken!



Fotograph Tobias Koch

Henri Schmidt (CDU/CSU)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

2025 war digitalpolitisch ein Jahr, in dem wir als Gesetzgeber wichtige Weichen gestellt haben, die Deutschland langfristig stärken werden. Besonders prägend waren für mich drei Themenfelder: die Neuordnung der technischen Systeme des Bundes (NOOTS), unsere Fortschritte bei der Cybersicherheit durch die nationale Umsetzung der NIS-2-Richtlinie sowie der Deutschlandstack als Fundament eines künftigen „Appstore des Bundes“.

Mit NOOTS ist uns in diesem Jahr ein zentraler Durchbruch gelungen. Die Neuordnung der technischen Systeme des Bundes schafft erstmals einen konsistenten Rahmen für Architektur, Beschaffung und Betrieb der Bundes-IT. Statt Insellösungen und historisch gewachsenen Strukturen entstehen gemeinsame Standards und mehr Verbindlichkeit. Für mich ist NOOTS damit eines der wichtigsten Modernisierungsprojekte des Jahres – nicht, weil es besonders laut ist, sondern weil es im Maschinenraum des Staates wirkt. Die Verwaltung wird dadurch resilienter, integrierter und handlungsfähiger.

Parallel dazu haben wir beim Thema Cybersicherheit wichtige Fortschritte erzielt. Die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie ist ein komplexer, aber unverzichtbarer Schritt, um kritische Infrastrukturen zu schützen und Sicherheitsstandards auf ein zeitgemäßes Niveau zu heben. Wir stehen hier zwar noch mitten im Prozess, aber mit der nationalen Ausgestaltung haben wir 2025 ein solides Fundament gelegt, das Sicherheit nicht als bürokratische Pflicht, sondern als Bestandteil digitaler Souveränität versteht. Im kommenden Jahr wird es darauf ankommen, Behörden und Unternehmen bei der Umsetzung zu begleiten und Standards praxistauglich weiterzuentwickeln.

Mit dem Deutschlandstack haben wir zudem einen wichtigen Impuls gesetzt, um die digitale Verwaltung modularer, nutzerfreundlicher und skalierbarer zu gestalten. Er ist für mich nicht das Ziel, sondern erst der Anfang: der erste Baustein auf dem Weg zu einem „Appstore des Bundes“, in dem Verwaltungsleistungen effizient bereitgestellt, weiterentwickelt und miteinander verknüpft werden können. 2026 wird es entscheidend sein, dieses Ökosystem Schritt für Schritt auszubauen, Interoperabilität zu sichern und die digitale Verwaltung konsequent an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Mein Wunsch für 2026 ist, dass wir diesen Weg geschlossen weitergehen: weniger Silodenken, mehr gemeinsame Plattformen, mehr Mut zur Standardisierung und ein klares Verständnis davon, dass digitale Leistungsfähigkeit heute ein Kern staatlicher Handlungsfähigkeit ist. Wenn uns das gelingt, kann 2026 ein Jahr werden, in dem Digitalpolitik nicht nur strukturiert, sondern spürbar wirkt.



Fotograf: Oskar Krostitz

Donata Vogtschmidt (Die Linke)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Die Gründung eines Digitalministeriums und Klärung seiner Zuständigkeiten ist ebenso wie die Modernisierungsagenda ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung handlungsfähig ist, auch wenn ich mich frage, ob der Digitalvorbehalt von Minister Wildberger wirksam sein wird und der Plan zum systematischen Stellenabbau in der Bundesverwaltung realistisch ist. Zu begrüßen ist jedenfalls der Beschluss des Mittelaufwuchses für das BSI im Bundeshaushalt 2026, hinzu kommen Bereichsausnahmen von der Schuldenbremse auch für IT-Sicherheit. Mit dieser Kehrtwende der Union in Fragen der Investitionspolitik des Staates wird eine linke Kernforderung umgesetzt. Doch der Schatten über allem ist der ungleich größere Plan im militärischen Sektor. Infolgedessen werden die faktisch verfügbaren zivilen Ressourcen für Digitalisierung und Resilienz sehr limitiert bleiben. In Erinnerung ist mir zudem die Forderung nach einem Cyberdome von Herrn Dobrindt geblieben. Verstörend ist auch die NIS-2-Umsetzung, die zwar für viele private Unternehmen gelten soll,

nicht aber für Kommunen und zunächst sollten sogar große Teile der Bundesverwaltung davon ausgenommen sein. Das ist ein schwerer Fehler, ebenso die fortgeschriebene Abhängigkeit des BSI von Interessen der Sicherheitsbehörden – Voraussetzung für das angestrebte Geheimhalten von IT-Schwachstellen. Insgesamt drang 2025 ein Verständnis von Sicherheitspolitik durch, das ich nicht teile und das mir eine Menge Sorgen bereitet.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Nehmen wir die digitale Souveränität, sie wird spätestens seit dem Digitalgipfel im November von höchster Stelle beschworen. Hört man genauer hin, geht es um geostrategische Interessen, hochspekulative KI-Investitionen und härtere Konkurrenz statt Standards für gesunden Wettbewerb. Letzteres ist vor allem am Digital-Omnibus der EU abzusehen: Anstatt europäisches Recht konsequent gegen die Kettensägenpolitik aus Übersee zu verteidigen, passen wir uns an ebendiese an. Anstatt private Daten zu schützen, sollen sie den schon jetzt heißgelaufenen Wachstumsmotor KI befeuern. Das bringt keine Souveränität. Die Bundesregierung scheint gar nicht zu merken, dass sie damit den einzelnen Menschen ihre Souveränität geradezu entzieht! Das geht Hand in Hand mit der geplanten Zusammenführung von Polizeidatenbanken ohne Beachtung der Rechtsgrundlage der Datenerhebung auch in Zusammenarbeit mit Palantir, Bestrebungen hin zu mehr Videoüberwachung, zu biometrischer Fernerkennung im Internet und Vorratsdatenspeicherung. Aber der Fall „Chatkontrolle“ hat auch gezeigt: Die Bundesregierung kann mit Oppositionsdruck und außerparlamentarischen Kräften zum Einlenken gebracht werden. Mein Ziel ist es, die digitale Souveränität mit dezentralen Open-Source-Ökosystemen frei von Werbewirtschaft und mit IT-Dienstleistern im Gemeinwohl wirklich zu stärken, gegen Überwachung durch Staaten und Konzerne. Und nachhaltige Sicherheit ist für mich in erster Linie die zivile Sicherheit, mit der Daseinsvorsorge im Blick. Das werde ich von der Regierung Merz einfordern, wo ich kann!



Franziska Hoppermann (CDU/CSU)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025?

2025 war ein Meilenstein: Mit dem Aufbau eines eigenständigen Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung und einem eigenen Haushalt haben wir erstmals klare Verantwortung, klare Mittel und klare Prioritäten für die Modernisierungsagenda geschaffen. Die Strukturen stehen – jetzt setzen wir Tempo in der Umsetzung.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für 2026?

Ich hoffe, dass 2026 das Jahr wird, in dem die Menschen wirklich merken: Der Staat kann auch einfach. Weniger Papier, schnellere Entscheidungen, digitale Angebote, die ohne Hürden funktionieren – ob bei Kfz, Familienleistungen oder einer Unternehmensgründung. Mein Ziel ist, dass das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung zentrale Projekte so voranbringt, dass Verwaltung wieder Rückenwind gibt statt Stolpersteine.



Bildcredits: Lukas Nitschke

Marvin Schulz (CDU/CSU)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Das Jahr 2025 war aus digitalpolitischer Sicht vor allem durch einen Wendepunkt in der KI-Entwicklung geprägt. Wir haben erlebt, wie generative Modelle, autonome Systeme und KI-gestützte Fachanwendungen fast alle Sektoren durchdringen. Positiv hervorheben möchte ich, dass es erstmals gelungen ist, eine kohärentere nationale KI-Strategie mit klaren Prioritäten zu formulieren: mehr Transfer von Forschung in den Markt, gezielte Förderung von Hochleistungsrechnern und ein stärkerer Fokus auf vertrauenswürdige Anwendungen im öffentlichen Sektor. Besonders erfreulich war für mich, dass KI nicht mehr nur als Trendthema betrachtet wird, sondern als zentrale Zukunftstechnologie, die Wertschöpfung, staatliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe gleichermaßen beeinflusst.

Herausfordernd blieb allerdings die Frage der Rechenleistung. Deutschland hat 2025 zwar einzelne Fortschritte beim Ausbau von Rechenzentren und beim Zugang zu GPUs erzielt, doch im internationalen Vergleich bewegen wir uns weiterhin zu langsam. Fehlende Planungs- und Genehmi-

gungsbeschleunigungen, hohe Energiekosten und unklare regulatorische Rahmenbedingungen bremsen Investitionen aus. Die Folge: Start-ups, Forschungseinrichtungen und mittelständische Unternehmen müssen sich zunehmend auf Kapazitäten im Ausland stützen, was sowohl Innovationsfähigkeit als auch digitale Souveränität schwächt.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Für das Jahr 2026 setze ich deshalb drei Prioritäten. Erstens müssen wir beim Ausbau von Rechenzentren endlich in den Umsetzungsmodus kommen. Das heißt: schnellere Genehmigungen, klare Standards für Energieeffizienz und Wärmenutzung, sowie attraktive Bedingungen für Investoren. Nur mit ausreichender lokaler Rechenleistung können wir KI-Modelle entwickeln, trainieren und betreiben, die unserem Anspruch an Sicherheit, Datenschutz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit genügen.

Zweitens benötigen wir einen strategischen Ansatz für die Verfügbarkeit von KI-Rechenressourcen in der öffentlichen Hand. Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Forschung müssen unkompliziert auf leistungsfähige nationale und europäische Infrastrukturen zugreifen können – ohne jedes Projekt neu „from scratch“ aufzubauen. Dazu gehört auch eine bessere Vernetzung zwischen Bund, Ländern, Wissenschaft und Wirtschaft.

Drittens möchte ich 2026 politisch dafür kämpfen, dass wir KI nicht nur regulieren, sondern aktiv ermöglichen. Das umfasst Reallabore, offene Datenräume, Investitionen in Talente und eine Beschaffungskultur, die Innovation nicht verhindert, sondern einlädt.

Mein übergeordnetes Ziel bleibt, dass Deutschland 2026 im Bereich KI und Rechenleistung nicht nur Schritt hält, sondern eigene technologische Stärken entwickelt – für mehr Souveränität, mehr Wettbewerbsfähigkeit und spürbare Verbesserungen im Alltag der Menschen.



Rebecca Lenhard (Bündnis 90/Die Grünen)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

2025 war digitalpolitisch ein Jahr mit gemischter Bilanz. Positiv ist, dass nun ein eigenes Digitalministerium geschaffen wurde und digitale Kompetenzen gebündelt werden sollen. Die Erwartungen waren groß, der versprochene Neustart mit „Start-up-Mentalität“ und #wirmachen-Rhetorik klang ambitioniert. Nach über sechs Monaten im Amt wirkt der Aufbruch jedoch enttäuschend: Zuständigkeiten sind weiter ungeklärt, zentrale Abteilungen noch nicht vollständig umgezogen, und echte Priorisierung fehlt.

Besonders problematisch ist die verschleppte Umsetzung des europäischen KI-Gesetzes. Während Entwicklungen rund um Künstliche Intelligenz rasant voranschreiten, wartet Deutschland auf klare Aufsichtsstrukturen, Ressourcen und Zuständigkeiten. Dabei bietet der AI Act die Chance, Innovation, Rechtssicherheit und Grundrechtsschutz zusammenzuführen. Unternehmen, Forschung und Zivilgesellschaft brauchen hier endlich Orientierung.

Eine der größten Herausforderungen bleibt die digitale Souveränität. Statt strategischer Investitionen in europäische Technologien und Open-Source-Lösungen nimmt die Abhän-

gigkeit von nicht-europäischen BigTech-Konzernen weiter zu. Abseits eines rein öffentlichkeitswirksamen Digitalgipfels sehen wir bislang keine konkreten Maßnahmen der Bundesregierung, um das zu ändern.

Kurz: Es gibt Hoffnung durch neue Strukturen, aber der Aufbruch wird bisher nicht eingelöst. Als Opposition werden wir weiter Druck machen, damit aus Ankündigungen endlich Fortschritt wird.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Was 2026 bringen muss, ist für mich klar: Wir müssen endlich ernst machen mit digitaler Souveränität. Wir müssen uns dringend unabhängig von nicht-europäischen Großkonzernen machen und konsequent auf europäische Alternativen setzen. Noch immer fehlt ein umfassender Überblick darüber, wo Staat und Verwaltung abhängig sind und welche europäischen Alternativen existieren. 2026 muss deshalb das Jahr werden, in dem wir ein unabhängiges Lagebild über digitale Abhängigkeiten schaffen, eine Beschaffungsstrategie entwickeln, die europäische und offene Lösungen gezielt stärkt, und einen verlässlichen Rahmen für den strategischen Einsatz von Open Source im Staat setzen. Europa braucht Investitionen in gemeinsame digitale Infrastruktur, damit es seine Zukunft selbstbestimmt gestalten kann. Dazu gehört auch, Open-Source-Projekte und Initiativen wie das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) endlich angemessen finanziell auszustatten.

Gleichzeitig erwarte ich, dass das Digitalministerium endlich ins Arbeiten kommt. Wir brauchen Antworten bei vielen offenen Baustellen: Bei der digitalen Infrastruktur fehlt weiterhin ein Konzept, um die letzten weißen Flecken zu schließen und mobiles Arbeiten im Zug endlich ohne Abbrüche möglich zu machen. Bei Künstlicher Intelligenz muss das Ministerium der technischen Entwicklung regulatorisch voraus sein statt hinterherzulaufen. Und auch in Bereichen wie Verwaltungsmodernisierung, Plattformregulierung oder der Durchsetzung des Digital Services Act ist 2026 ein Jahr, in dem die Bundesregierung endlich liefern muss.



Jeanne Dillschneider (Bündnis 90/ Die Grünen)

Wie bewerten Sie die digitalpolitische Entwicklung im Jahr 2025? Welche Erfolge und Herausforderungen sind Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Ein Erfolg ist, dass die verpflichtende Chatkontrolle vom Tisch ist. Das verdanken wir einer engagierten Zivilgesellschaft und vielen Stimmen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist ein Sicherheitsgewinn, kein Sicherheitsrisiko. Wenn wir unsere eigenen Sicherheitsstandards aushebeln, machen wir uns angreifbar. Die Herausforderung 2025 war eine Bundesregierung, die bereit ist, genau das aufs Spiel zu setzen. Allen voran fällt der Innenminister immer wieder damit auf, mehr Überwachung mit einem falschen Sicherheitsversprechen zu rechtfertigen.

Ich erkenne hier ein Muster: Immer wieder will die Bundesregierung Bürger*innenrechte schwächen, um vermeintlich mehr Schutz zu schaffen. Sei es mit dem Ruf nach Palantir, dem Aufweichen der Vertraulichkeit privater Kommunikation im Netz für Sicherheitsbehörden, Vorratsdatenspeicherung oder dem Sicherheitspaket 2.0, das vor der Tür steht. Der Bundesregierung muss bewusst sein: Sobald Hintertüren geschaffen werden, schwächen wir unsere eigenen Systeme und schaffen Einfallstore für Hacker

und Cyberkriminelle. Und das auf Kosten unserer Grundrechte. Gleichzeitig steigt der Druck aus den USA, die Digitalgesetzgebung zu schwächen. Statt sich dem entgegenzustellen, ist die Bundesregierung vorne mit dabei, die DSGVO und ihre Schutzstandards unter dem Label der Deregulierung aufzuweichen. Schutzstandards und Grundrechte sind keine Verhandlungsmasse im geopolitischen Kräftemessen und auch kein Spielzeug für Sicherheitsbehörden. Unser Ziel muss es sein, uns unabhängig zu machen, nicht neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Welche digitalpolitischen Erwartungen und Hoffnungen haben Sie für das Jahr 2026, und welche Pläne haben Sie, um diese zu verwirklichen?

Ich erwarte und hoffe gleichermaßen, dass das Bewusstsein für Cybersicherheit in unserer Gesellschaft weiter steigt. Ich erlebe eine höhere Sensibilität, doch wir sind angesichts der Bedrohungslage immer noch nicht wachsam genug. Wir werden jeden Tag angegriffen. Alles ist mittlerweile vernetzt und damit auch ein potenzielles Ziel. Besonders Krankenhäuser, Kommunen und kleine Unternehmen sind nicht ausreichend geschützt.

Darum setze ich mich weiter für verpflichtende Cyber-Sicherheitsmaßnahmen für kritische Infrastruktur ein. Wir brauchen klare Meldepflichten, ein Live-Lagebild für Cyberangriffe und eine bessere Unterstützung der Kommunen und Länder, vor allem durch das BSI. Dieses leistet großartige Arbeit und muss als Zentralstelle mehr Kompetenzen erhalten. Außerdem müssen wir in die Strafverfolgung und die Ausbildung spezialisierter Fachkräfte investieren.

Es ist nicht damit getan, ein leuchtendes Etikett namens Cyberdome auf unsere Cybersicherheit zu kleben. Statt ständig neue Buzzwords zu erfinden, sollten wir lieber bei unseren eigenen Basics anfangen. Zum Beispiel für geschlossene Systeme sorgen, in die Russland nicht einfach reinspazieren kann.

Ich werde weiter kritisch hinschauen, wie es mit der NIS-2-Umsetzung läuft und der Schutz unserer eigenen Behörden nicht hinüberfällt. Auch der Cyber Resilience Act (CRA) wird im kommenden Jahr ein Thema. Denn bis Herbst 2026 müssen Unternehmen spätestens handlungsfähig sein. Dann tritt die Meldepflicht für Schwachstellen in Kraft.



VERANSTALTUNGSHINWEISE

13.01.2026, 18:00 – 19:00, Berlin: UdL Digital Talk mit Dr. Stefanie Hubig und Prof. Dr. Christian Schertz: Wehrhafte Demokratie im KI-Zeitalter

Wie kommen wir zu einem digitalen und modernen Staatswesen, um Demokratie zu schützen? Wir leben im Zeitalter von KI-Fakes: Woher wissen, was wahr ist? Wie kann Politik mithalten und wie schützt der Staat unsere Gesellschaft? Welche Instrumente hat er und schränkt das die Meinungsfreiheit ein? Was kann Deutschland von anderen Demokratien lernen?

Veranstalter: o2 Telefónica

Ort: BASECAMP, Mittelstraße 51 - 53, 10117 Berlin

Programm und Anmeldung unter <https://www.basecamp.digital/event/udl-digital-talk-mit-dr-stefanie-hubig-wehrhafte-demokratie-im-ki-zeitalter/>

15.01.2026, 08:30 – 09:30, Berlin: Round Table: Von Mindestalter und Altersprüfung im Netz zum Wunsch von Eltern nach Mitwirkung: Braucht es neue, einheitliche Wege im Jugendmedienschutz?

Digitale Medien und digitale Kommunikation sind aus der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Doch wie kann der Schutz junger Menschen zeitgemäß gelingen, ohne ihre gesellschaftliche Teilhabe zu beschneiden? Im Rahmen des Round Tables treten wir mit Vertreter:innen und Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in einen praxisnahen Dialog zu Fragen der Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes.

Veranstalter: eco Verband

Ort: eco Hauptstadtbüro Französische Straße 48, 10117 Berlin

Programm und Anmeldung unter <https://www.eco.de/event/roundtable-beschwerdestelle/>

26.01.2026, 11:00 – 16:00, Berlin: Physical AI als gesellschaftliche Aufgabe: Auftakt zur neuen AG

Sitzung der AG Physical AI (1/2026). Wir starten eine neue Arbeitsgruppe und wollen mit Ihnen diskutieren, was wir als Gesellschaft jetzt tun müssen, damit Physical AI zum Wohle aller eingesetzt wird.

Veranstalter: Initiative D21

Ort: Berlin

Programm und Anmeldung unter <https://initiated21.de/veranstaltungen/ag-physical-ai-1-2026>

18.02.2026, 15:00 – 16:00, Berlin: How Can We Protect Independent Technology Research in an Age of Political Constraints?

Join the distinguished speaker Brandi Geurkink of the Coalition for Independent Technology Research for a discussion on how advocacy, organising, and research intersect to shape the governance of our digital world. The event will be moderated by Prof. Daniela Stockmann of the Centre for Digital Governance.

Veranstalter: Hertie School of Governance

Ort: Hertie School, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin

Programm und Anmeldung unter <https://www.hertie-school.org/en/events/event-detail/event/how-can-we-protect-independent-technology-research-in-an-age-of-political-constraints>

STELLVERTRETENDE
REDAKTIONSLEITERIN:



Lisa-Marie Schmidt

MITWIRKENDE AUTOREN UND AUTORINNEN:



Werner Achtert



Resa Mohabbat Kar



Adeline Kugler

IMPRESSUM

Herausgeber

msg systems ag
Robert-Bürkle-Straße 1
85737 Ismaning/München
Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Jürgen Zehetmaier (Vorsitzender),
Dr. Andrea van Aubel,
Michael Rasch,
Karsten Redenius,
Dr. Frank Schlottmann
Aufsichtsratsvorsitzender:
Johann Zehetmaier

Redaktionsleitung:

Regina Welsch
msg systems ag
Rummelsburger Seeblick 1, 10317 Berlin
Mobil: +49 1520 238 5842
E-Mail: public-affairs@msg.group